

Niederschrift über die 32. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 29.08.2017
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 18:29 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 30 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied

Andre Bindl
Xenia Boerner
Dirk Brückner
Thomas Fiedler
Hangünter Fleischer
Klaus Gerber
Sven Gerbeth
Claudia Hänsel
Andre Hegel
Christian Hermann

Stimmberechtigtes Mitglied

Daniel Herold
Wolfgang Hinz
Klaus Jäger
Tobias Kämpf
Kerstin Knabe
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Monika Mühle
Steffen Müller
Petra Rank
Dieter Rappenhöner

Stimmberechtigtes Mitglied

Tobias Rüdiger
Thomas Salzmann
Jörg Schmidt
Uta Seidel
Bernd Stubenrauch
Christa Süß
Hansjoachim Weiß
Benjamin Zabel
Frank Michael Zabel

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 7 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Dieter Blechschmidt
Ingo Eckardt
Christian Erdmann
Alexandra Glied
Ronny Hagen
Rico Kusche
Rico Wagner

während TOP

zeitweise anwesend ab TOP 3.5.
zeitweise anwesend ab TOP 1.5.
zeitweise anwesend ab TOP 1.6.
zeitweise anwesend ab TOP 3.2.
zeitweise anwesend bis TOP 5.
zeitweise anwesend bis TOP 3.4.
zeitweise anwesend ab TOP 1.6.

Abwesende:

Abwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Ralf Bräunel
Rene Fischer
Juliane Pfeil-Zabel
Ilka Reißner
Wolf-Rüdiger Ruppin
Annekatri Schicker

Abwesenheitsgrund

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
abwesend
entschuldigt
entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachdienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Frau Weck	Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	ab TOP 3.1. bis TOP 7.1.
Herr Tillmann	Bereichsjurist Geschäftsbereich OB	bis TOP 2.4.
Herr Löffler	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	bis TOP 3.4.

Weitere Sitzungsteilnehmer:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Gäste:

Herr Ronny Adler, Geschäftsführer der Freizeitanlagen Plauen GmbH	öffentlicher Teil
---	-------------------

Tagesordnung – öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 16.05.2017
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 13.06.2017
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 31. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 13.06.2017
 - 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Eilentscheidung RL KStB Teil B Deckensanierung
Drucksachennummer: 606/2017
 - 2.2. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Investition „Ausbau der Seestraße von Neundorfer Straße – Gartenstraße“
Drucksachennummer: 623/2017
 - 2.3. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Investition "Ausbau der Forststraße von Hradschin bis Krausenstraße"
Drucksachennummer: 625/2017
 - 2.4. Information über Umbesetzung von Gremien in Unternehmen privaten Rechts mit Beteiligung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 640/2017
3. **Beschlussfassung**
 - 3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 636/2017

- 3.2. Bestellung von Grundschulden, Verlängerung Erbbaurecht
Drucksachennummer: 624/2017
- 3.3. Einfacher Bebauungsplan Nr. 042 „Nahversorgungszentrum an der Reißiger Straße/
Martin-Luther-Straße“ - Aufstellungsbeschluss
Drucksachennummer: 614/2017
- 3.4. Integriertes Handlungskonzept „Zukunft Stadtgrün – Grüne Klammer“
Drucksachennummer: 617/2017
- 3.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Mitarbeiterbefragung, **Reg. Nr. 44-15**
und Folgeantrag, **Reg. Nr. 205-17**
- 3.6. Antrag der CDU-Fraktion zur Übernahme von Fahrtkosten für Schüler der Astrid-Lindgren-Schule
Reg. Nr. 203-17
- Stellungnahme der Verwaltung vom 23.06.2017
4. **17:00 Uhr Einwohnerfragestunde**
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, und Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., bestellt.

Aus aktuellem Anlass ändert Oberbürgermeister Oberdorfer die Tagesordnung des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung wie folgt:

**TOP 3.3. Einfacher Bebauungsplan Nr. 042 „Nahversorgungszentrum an der
Reißiger Straße/Martin-Luther-Straße“ – Aufstellungsbeschluss,
Drucksachennummer: 614/2017**

wird von der Tagesordnung gestrichen und zur nochmaligen nichtöffentlichen Vorberatung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

1.1. Tagesordnung

siehe TOP 1.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 16.05.2017

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 16.05.2017 fest.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 13.06.2017

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 13.06.2017 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 31. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 13.06.2017

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat genehmigt, ein Flurstück der Gemarkung Neundorf im Gewerbegebiet Zadera antragsgemäß an ein Unternehmen oder an einen von diesen benannten, mindestens gleichwertigen Investor zu veräußern und es hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Verleihung der Stadtplakette der Stadt Plauen an Herrn Dittmar Heidel, Herrn Volker Barthel und Herrn Hansjoachim Michel beschlossen.
3. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die unbefristete Einstellung (Weiterbeschäftigung) von Frau Ramona Kosak ab 22.08.2017 Als Leiterin des Hortes „Reusa“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/ Schulen/Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen beschlossen.
4. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Frau Gabriele Streit als Leiterin des Hortes „Herbartschule/Oberlosa“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen rückwirkend zum 01.01.2017 beschlossen.
5. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Frau Christine Schenker als Leiterin des Hortes „Am Wartberg“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/ Schulen/Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen rückwirkend zum 01.01.2017 beschlossen.
6. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die unbefristete Einstellung von Herrn Martin Gabriel spätestens zum 01.01.2018 als Fachgebietsleiter Allgemeine Ordnungsangelegenheiten im Geschäftsbereich II, Sicherheit und Ordnung beschlossen.
7. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Ankauf von 2 Flurstückstücken der Gemarkung Oberlosa, Postadresse 08527 Plauen/OT Oberlosa, Untermarxgrüner Str. 59, beschlossen.
Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken im Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa Teil 1 genehmigt.
8. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat der Kündigung des Nutzungsvertrages mit dem Parktheater Plauen e. V. über die Zurverfügungstellung des Parktheaters vom 08.07.1998 zum 31.12.2017 zugestimmt.
9. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Oberbürgermeister beauftragt, die notwendigen Schritte zur Aufstellung eines Einfachen Bebauungsplanes nach § 30 Abs. 3 BauGB für die gesamten Flächen des gesamten Lebensmittelmarktes und des geplanten Kreisverkehrs an der Reißiger Straße/Martin-Luther-Straße einzuleiten.

1.6. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über den Gutschein „Kita-Menü“.

Dieser ist auf insgesamt 25.000 EUR festgesetzt. Zur Berechnung der Höhe der einzelnen Gutscheine ist immer die Anzahl der Geburten des Vorjahres heranzuziehen.

Für 2017 werden den Eltern Gutscheine in Höhe von aufgerundet 45 EUR ausgereicht.

Dies ergibt sich aus den zur Berechnung herangezogenen Geburtenzahlen von 2015.

2. Information

2.1. Eilentscheidung RL KStB Teil B Straßendeckensanierung

Drucksachenummer:606/2017

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage aufgeführte Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 30.06.2017 zur Kenntnis.

2.2. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Investition „Ausbau der Seestraße von Neundorfer Straße – Gartenstraße“
Drucksachenummer: 623/2017

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Eilentscheidung zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 50.000,00 EUR vom 18.07.2017 für die Investition – Ausbau Seestraße von Neundorfer- bis Gartenstraße in Plauen (Investitionsnummer: 18-0000116/2-60-303/511108) zur Kenntnis.

2.3. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Investition "Ausbau der Forststraße von Hradschin bis Krausenstraße"
Drucksachenummer: 625/2017

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Eilentscheidung zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 175.683,00 EUR vom 01.08.2017 für die Investition – Ausbau der Forststraße von Hradschin bis Krausenstraße – (Investitionsnummer: 19-0000092/2-60-502/541000) zur Kenntnis.

2.4. Information über Umbesetzung von Gremien in Unternehmen privaten Rechts mit Beteiligung der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 640/2017

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, bittet in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Plauener Straßenbahn GmbH um rechtsaufsichtliche Prüfung, ob für eine personelle Umbesetzung in Aufsichtsräten lediglich eine Information des Stadtrates ausreicht.

Er trägt hierzu eine ausführliche Begründung vor und überreicht diese schriftlich an Oberbürgermeister Oberdorfer (*siehe Anlage 1 zur Niederschrift*).

Herr Tillmann, Bereichsjurist des Geschäftsbereiches OB, teilt mit, dass die von Stadtrat Weiß in seiner Begründung angesprochene Hauptsatzungsänderung bereits im Jahr 2014 vorgenommen wurde und zwar bevor alle Gremien nach der Kommunalwahl neu besetzt wurden. Seit diesem Zeitpunkt wird das Benennungsverfahren angewendet.

Herr Tillmann befürwortet die Prüfung dieser Vorlage bei der Rechtsaufsicht nicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass diese Informationsvorlage die Rechtsauffassung der Stadtverwaltung Plauen und des Oberbürgermeisters darlegt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Stadtrat Weiß als Aufsichtsratsvorsitzender der Plauener Straßenbahn GmbH Stadtrat Thomas Fiedler zur nächsten Aufsichtsratsitzung einzuladen.

Gleichzeitig wird Oberbürgermeister Oberdorfer die Sachlage bei der Rechtsaufsicht vorlegen. Sollte die Rechtsaufsicht zu einer anderen Auffassung der Rechtslage kommen, so ist die o. g. Festlegung zu revidieren und die Umbesetzung des Aufsichtsrates anders vorzunehmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert hiermit öffentlich, dass Stadtrat Thomas Fiedler ab sofort Aufsichtsratsmitglied im Aufsichtsrat der Plauener Straßenbahn ist.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt folgende Umbesetzung zur Kenntnis:

Aufsichtsrat der Plauener Straßenbahn GmbH

neu

Herr Stadtrat Thomas Fiedler

bisher

Herr Stadtrat Benjamin Zabel

3. Beschlussfassung

3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen

Drucksachenummer: 636/2017

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 2 SächsGemO Herrn Reinhard Schmidt als sachkundigen Einwohner ab.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 32/17-1

3.2. Bestellung von Grundschulden, Verlängerung Erbbaurecht

Drucksachenummer: 624/2017

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ronny Adler, Geschäftsführer der Freizeitanlagen Plauen GmbH, und bittet ihn um eine kurze Erläuterung.

Herr Adler informiert, dass von den Mitteln aus dem Fördermittelprogramm „Brücken in die Zukunft“ geplant ist, im Freibad Haselbrunn 3 der 4 vorhandenen Becken teilweise bzw. komplett mit Edelstahl auszukleiden (inklusive Beckenkopfsanierung). Dadurch entstehen nunmehr planbare Aufwendungen für die Instandhaltung der einzelnen Becken. Das 4. Becken (Planschbecken) soll weiterhin mit Fliesen ausgekleidet bleiben.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob bedacht werden kann, dass die Treppe in das jeweilige Becken so gestaltet werden kann, dass auch Menschen mit Behinderung das Becken nutzen können.

Herr Adler teilt mit, dass in beiden Freibädern keine behindertengerechte Treppe vorhanden ist. Mit dem Umbau im Freibad Haselbrunn soll aber geprüft werden, ob es im Rahmen dieser Maßnahme möglich ist, eine solche Treppe zu installieren. Momentan wird das Kinderbecken von Menschen mit Behinderung genutzt, weil dort eine behindertengerechte Treppe vorhanden ist.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt

1. die Bestellung einer Grundschuld am Erbbaurecht an den Flurstücken Nr. 850 (2.750 m²), Nr. 851 (2.470 m²), Nr. 856a (26.470 m²) und 856c (1.630 m²), alle Gemarkung Haselbrunn, Erbbauberechtigte Freizeitanlagen Plauen GmbH, in Höhe von 276.000,00 EUR nebst Zinsen von jährlich 16 % zugunsten der Sparkasse Vogtland,
2. die Bestellung einer Grundschuld am Erbbaurecht unter 1. in Höhe von 337.500,00 EUR nebst Zinsen von jährlich 14 % zugunsten des Freistaates Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus,
3. die Verlängerung des Erbbaurechts unter 1. bis zum 31.12.2045.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 32/17-2

3.3. Einfacher Bebauungsplan Nr. 042 „Nahversorgungszentrum an der Reißiger Straße/ Martin-Luther-Straße“ - Aufstellungsbeschluss

Drucksachenummer: 614/2017

siehe TOP 1.

Der Tagesordnungspunkt wurde von Oberbürgermeister Oberdorfer abgesetzt und die Verwaltungsvorlage in die entsprechenden Ausschüsse zur nochmaligen nichtöffentlichen Vorberatung verwiesen.

**3.4. Integriertes Handlungskonzept „Zukunft Stadtgrün - Grüne Klammer“
Drucksachenummer: 617/2017**

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage. U. a. informiert er, dass für die im vorgelegten Handlungskonzept dargestellten Maßnahmen ca. 300 TEUR Fördermittel aus dem Programm Städtebauförderung „Zukunft Stadtgrün“ eingeplant sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass aus dem o. g. Förderprogramm für ganz Sachsen nur 5 Mio. EUR zur Verfügung stehen. Es könnte also durchaus sein, dass für Plauen nicht so viel Fördermittel zur Verfügung stehen, wie von Bürgermeister Sárközy ausgeführt. Trotz allem sei es aber gut, dass ein solches Konzept vorliegt und die Stadt Plauen als förderwürdig anerkannt wird und eventuell auch in den Folgejahren Mittel aus weiteren Förderprogrammen erwarten könne.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert sich anerkennend zum vorgelegten Integrierten Handlungskonzept. Er bittet aber im Zuge der Umsetzung des Konzeptes darauf zu achten, dass gegen die Abnahme der Artenvielfalt auch etwas unternommen werden sollte, z. B. wie bei der AWG Plauen gesehen, dass große Grünflächen und Wiesen nur ein bis zweimal im Jahr gemäht werden, um Lebensraum für Schmetterlinge u. a. zu erhalten.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, hält es für wichtig, dass „nicht nur der tolle Baum gepflanzt“ wird sondern auch so genannte gelenkte und un gelenkte Sukzessionen umsetzen, um z. B. einen Grünstreifen das ganze Jahr erlebbar zu machen. Damit würde nach seiner Meinung nicht nur die Natur gestärkt, sondern das gesamte Wohnumfeld.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, aufbauend auf der bereits beschlossenen Fördergebietskulisse, das in der Anlage befindliche integrierte Handlungskonzept „Zukunft Stadtgrün – Grüne Klammer“ zur Antragsstellung um Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Zukunft Stadtgrün“ (ZSP) 2017.

**Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 32/17-3**

**3.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Mitarbeiterbefragung, Reg. Nr. 44-15
und Folgeantrag, Reg. Nr. 205-17**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 212-17 (wurde zur Sitzung ausgereicht)

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Gleichzeitig reicht sie einen geänderten Text (siehe aktuellen Beschlusstext) an Oberbürgermeister Oberdorfer aus.

Frau Karliner, Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation, erläutert die Vorgehensweise zur Durchführung einer Mitarbeiterbefragung. Speziell geht sie hierbei auf das Ziel und die möglichen Inhalte einer solchen Befragung und die zu erledigenden Arbeitsschritte ein.

Frau Karliner weist darauf hin, dass die Vorbereitung und Durchführung einer Mitarbeiterbefragung kosten- und zeitaufwändig wären.

Wichtig wäre nach Meinung von Frau Karliner die zusätzliche Aufnahme eines Fragenkomplexes zum Thema betriebliches Gesundheitsmanagement. Von Vorteil wäre auch die Bildung eines Projektteams, dem Mitarbeiter der Verwaltung und des Stadtrates (je Fraktion 1 Mitglied) angehören.

Nach der Vorbereitung und Durchführung einer externen Ausschreibung wäre eine Zusammenkunft mit dem Unternehmen und der Kommission/dem Projektteam wichtig, um die Zielstellung, die Fragen und Inhalte der Mitarbeiterbefragung zu konkretisieren.

Das Ergebnis der Mitarbeiterbefragung muss nach der Auswertung dargelegt und eventuell sich daraus ergebende Maßnahmen im Anschluss vorbereitet und durchgeführt werden.

Frau Karliner würde bei positivem Beschluss des Antrages diese Vorgehensweise mit einem konkreten Zeitplan untersetzen und im nächsten Verwaltungsausschuss vorlegen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, legt dar, dass sich die aus der Durchführung der Mitarbeiterbefragung und evtl. auch aus der Umsetzung von Folgebeschlüssen ergebenden Kosten nicht außer Acht gelassen werden sollten.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Stadt Plauen immer noch in der Haushaltskonsolidierung befindet, ist die CDU-Fraktion der Meinung, dass bei solch einer Mitarbeiterbefragung der Aufwand zum Nutzen in keiner Relation stünde.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, hält den Antrag der Fraktion DIE LINKE. für zustimmungsfähig. Es sollte auch noch ein Komplex zur Klärung von Qualifizierungsbedarfen aufgenommen werden. Weiterhin sollte die Mitarbeiterbefragung nicht zu bürokratisch gestaltet werden.

Stadträtin Alexandra Glied, Fraktion FDP/Initiative Plauen, unterstützt den Antrag, kann aber auch den Blick auf die anfallenden Kosten verstehen. Sie hält es für wichtig zu beachten, wie die Fragen gestellt werden (z. B. kein Ankreuzen von Ja, Nein, weiß nicht). Die Fragen sollten schon tiefgründig sein, um ein gutes Arbeitspapier zu erhalten, aus dem auch etwas umgesetzt werden könne.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. In der Stadtverwaltung wird eine Evaluierung – anonyme Befragung der Mitarbeiter – durchgeführt.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet einen Zeitplan, der dem Stadtrat vorgelegt wird.
3. Die Stadtverwaltung holt Angebote zur Evaluierung ein. Es wird eine Kommission benannt, die an der Auswertung der Angebote beteiligt ist, sowie an der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Mitarbeiterbefragung.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 32/17-4

3.6. Antrag der CDU-Fraktion zur Übernahme von Fahrtkosten für Schüler der Astrid-Lindgren-Schule, Reg. Nr. 203-17 - Stellungnahme der Verwaltung vom 23.06.2017

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Nach Meinung der CDU-Fraktion sei die 3-Monats-Regelung, die der Oberbürgermeister mit dem ÖPNV getroffen hat, sehr erfreulich aber nicht ausreichend, da die Intension des Antrages damit nicht erfüllt sei. Die Stadt Plauen sollte zu ihrer Verantwortung stehen und die betroffenen Eltern entlasten.

Stadtrat Eckardt erwähnt in diesem Zusammenhang einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 04.02.2016. Dort wurde beantragt, einen Schulbus für den Transport der betroffenen Schülerinnen und Schüler einzusetzen, wobei die Kosten von der Stadt Plauen als Schulträger übernommen werden sollten. Für diesen Antrag hätte es bezüglich wirtschaftlicher und rechtlicher Bedenken keine Mehrheit im Stadtrat gegeben.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung mit Stand vom 23.06.2017 vor. Hieran würde sich nichts ändern, da die Eltern grundsätzlich für den Schulweg ihrer Kinder verantwortlich seien.

Bürgermeister Zenner betont, dass es sich bei der von Stadtrat Eckardt angesprochenen 3-Monats-Regelung (*Zahlung von insgesamt 30 EUR pro Schüler für den Zeitraum vom 07.08. bis 31.10.2017*), um eine Einzelfallentscheidung für die Astrid-Lindgren-Grundschule im Rahmen von Baumaßnahmen handelt. Es bestehe hierfür kein Rechtsanspruch.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach den finanziellen Aufwendungen, wenn dem Antrag der CDU-Fraktion stattgegeben würde.

Stadtrat Eckardt antwortet, dass es sich nach Berechnung seiner Fraktion um ca. 2.000 EUR Fahrtkosten, die den Eltern erlassen werden sollten.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, kritisiert die Einreichung des Antrages der CDU-Fraktion zur Stadtratssitzung am 13.06.2017 als Tischvorlage (ohne Abstimmung) und nunmehr Wiedervorlage ohne entsprechende Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen. Der Stellungnahme der Verwaltung kann Stadtrat Zabel folgen. Für die Schülerbeförderung sei der Kreis zuständig. Im Kreistag hätten aber nach Darlegung von Stadtrat Zabel CDU und SPD die kostenfreie Schülerbeförderung mit der Begründung abgeschafft, dass es durchaus sinnvoll sei, von den Eltern einen Eigenanteil abzufordern.

Stadtrat Zabel hält es für aner kennenswert, dass sich Oberbürgermeister Oberdorfer beim ÖPNV für die Reduzierung des Eigenanteils auf 10 EUR/Monat für die betroffenen Eltern eingesetzt hat. Die SPD/Grüne-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da er nicht verhältnismäßig sei. In vergleichbaren Fällen wurde auch nicht so gehandelt. Bezüglich der von der CDU-Fraktion erwähnten sozialen Gerechtigkeit müsste nach Meinung von Stadtrat Zabel die kostenlose Schülerbeförderung wieder eingeführt werden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, tut sich persönlich schwer mit dem vorgelegten Antrag der CDU-Fraktion. Er kann die vorgetragenen Argumente zwar nachvollziehen, befürchtet aber bei Zustimmung die Schaffung eines Präzedenzfalles. Außerdem sei es vertretbar, die geringen Kosten (10 EUR/Monat) bei den Eltern zu belassen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass nur die Eltern zahlen, die die Monatskarte für die Straßenbahn in Anspruch nehmen wollen. Die Beteiligung an den Fahrtkosten in Höhe von 10 EUR/Monat galt bereits das gesamte bisherige Schuljahr und wird nunmehr auf 3 Monate bis Oktober 2017 ausgeweitet.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, legt dar, dass die CDU-Fraktion die Behandlung des Antrages in den zuständigen Ausschüssen gewünscht habe, von der Verwaltung dieser aber wieder von der Tagesordnung gestrichen wurde. Mit dieser Verfahrensweise sei Stadtrat Kämpf nicht einverstanden und hat dies auch im Bildungs- und Sozialausschuss zu Protokoll gegeben.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass er den Antrag der CDU-Fraktion nach der Klärung mit dem ÖPNV bezüglich der reduzierten Fahrtkosten als erledigt angesehen habe. Deshalb wurde der Antrag nicht noch einmal auf die Tagesordnung eines Ausschusses aufgenommen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert nochmals, dass er mit dem ÖPNV für die verlängerte Bauzeit von 3 Monaten eine Sonderregelung treffen konnte, dass die Schülerfahrkarte nicht wie üblich für ein halbes Jahr sondern nur für 3 Monate verlängert werden brauchte. In der Sitzung des Ältestenrates am 21.08.2017 wurde auf Wunsch von Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, dieser Antrag nochmals auf die Tagesordnung des Stadtrates gebracht, da er den Antrag nicht als erledigt angesehen habe.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, widerspricht Stadtrat Zabel, dass dieser Antrag bzw. das Thema des Antrages nicht in den Ausschüssen besprochen wurde. Nach seiner Auffassung wurde über dieses Thema im Zuge der Verlängerung der Bauarbeiten im Finanzausschuss gesprochen. Schon damals wurde gebeten darüber nachzudenken, für die Zeit der Bauverzögerung den Eltern bei den Fahrtkosten entgegen zu kommen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., ist der Meinung, dass die Ansätze des Antrages der CDU-Fraktion und des von Stadtrat Eckardt erwähnten Antrages der Fraktion DIE LINKE. miteinander verglichen werden können. Die Fraktion DIE LINKE. stellte den Antrag damals für die Beförderung aller Schüler mit einem Bus, um nicht nur die Kosten sondern hauptsächlich die Sicherheit der Kinder zu berücksichtigen.

Stadtrat Zabel bleibt bei seiner Meinung, dass der Antrag der CDU-Fraktion als Tischvorlage zur Stadtratssitzung am 13.06.2017 eingereicht und nicht in den zuständigen Ausschüssen behandelt wurde. Im Protokoll des von Stadtrat Weiß angesprochenen Finanzausschusses sei kein Wort von diesem Thema erwähnt worden. Es würde somit feststehen, dass der Antrag nicht vorberaten wurde.

Stadtrat Schmidt gibt zu bedenken, dass es sich hier um einen Aufwand von ca. 2.500 EUR handeln würde. Er versteht diese Diskussion nicht. Die Zustimmung zum Antrag wäre ein richtiges Signal aus dem Stadtrat heraus an die Eltern gewesen.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion nicht. Er bittet nunmehr um Abstimmung.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt:

Für die Monate August 2017 und September 2017 erfolgt eine Übernahme der Kosten einer Monatskarte der Beförderung mit dem ÖPNV in Höhe von 23,70 EUR pro Monat für die vom nichtplanmäßigen, um zwei Monate verzögerten Umzug, betroffenen Schulkinder der Astrid-Lindgren-Grundschule durch die Stadt Plauen. Für die Abrechnung der durch die Eltern in Vorleistung gezahlten Monatskarten soll durch den GB I ein Formular erstellt werden. Die Rückzahlung soll nach Einreichung der vollständigen Unterlagen durch die Eltern, vom GB I ab November 2017 vorgenommen werden.

Als Deckungsquelle für die max. 3.500 EUR ist analog der Deckung der Erhöhung der Mehrkosten zu verfahren. Die Deckung für die Erhöhung des städtischen Eigenanteils kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur aus liquiden Mitteln erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 32/17-5

4. 17:00 Uhr Einwohnerfragestunde

Herr Gerd Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbandes der Kleingärtner in Plauen, Lützowstraße 23, 08523 Plauen

Herr Steffen fragt nach dem Stand der Planungen und der Bearbeitungsrichtlinien für den Bau der Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass er sich in einem persönlichen Brief an alle Mitglieder der Kleingartensparte „Frühauf“ zur Zielrichtung der Stadt Plauen mitgeteilt hat. Auch die Vereinsmitglieder ohne Gartengrundstück wurden angeschrieben.

Das Planungsbüro Fugmann aus Falkenstein hat den Auftrag, den entsprechenden Fördermittelantrag zu erarbeiten. Dieser Antrag ist fertiggestellt und wird bis zum 31.08.2017 bei der SAB eingereicht. In der Stadtratssitzung am 13.06.2017 wurde beschlossen, welche Art von Halle gebaut werden soll (Dreifeldhalle mit 2 Tribünen). In diesem Beschluss wurde ausgeführt, dass der SV04 Oberlosa in das Projekt eingebunden werden kann. Gespräche mit dem Vereinsvorstand hierzu wurden von Oberbürgermeister Oberdorfer persönlich geführt. Der SV04 Oberlosa möchte mit Vereinsmitteln den Bau der Halle positiv beeinflussen. Eine entsprechende Information wird Herrn Steffen demnächst noch vorgelegt.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht es als positiv an, dass das neue Programm der Bundesrepublik Deutschland für die Förderung von schulischer Bildungsinfrastruktur in diesem Falle für die Stadt Plauen zutrifft. Sachsen erhält aus diesem Programm 178 Mio. EUR. Plauen erfüllt den Tatbestand der Förderwürdigkeit und kann damit rechnen, Fördermittel zu erhalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist mit der Rechtsaufsicht im Gespräch, wie der SV04 Oberlosa eingebunden werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass auf jeden Fall die gesamte Fläche der jetzigen Kleingartenanlage zum Bau der Halle inklusive Park- und Verkehrsflächen benötigt wird. Die Vorlage zum Bebauungsplan wird nach seinem Beschluss im Stadtrat an Herrn Steffen weitergeleitet. Dieser Beschluss stellt die Grundlage für die Kündigungen der Pachtverträge dar, welche dann im November 2018 wirksam werden.

5. **Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Sven Gerbeth Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, fragt nach, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, den Glascontainer am Neustadtplatz an einen anderen Standort zu verlagern. Dort, wo er bisher steht würde es ein ungünstiges Bild für Touristen geben, die z. B. über die Alte Elsterbrücke oder Richtung Stadtstrand laufen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Gerbeth fragt nach, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, die Bordsteine an der Stresemannstraße/Reichenbacher Straße in Höhe des Haltepunktes „Bahnhof Mitte“ abzusenken, um auch Menschen mit Behinderung bzw. Müttern mit Kinderwagen eine bessere Erreichbarkeit des Haltepunktes zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob es möglich sei, ähnlich wie im Freibad Haselbrunn, geeignete ausländische Mitbürger als Mitarbeiter/innen in anderen öffentlichen Einrichtungen der Stadt Plauen einzusetzen.

Stadträtin Hänsel hat festgestellt, dass es durch den Einsatz eines ausländischen Mitbürgers als Rettungsschwimmer im Freibad Haselbrunn deutlich ruhiger und geordneter zugeht.

Stadträtin Hänsel möchte wissen, ob der Gedanke besteht, in anderen öffentlichen Einrichtungen der Stadt auch Immigranten zu beschäftigen. Dies wäre ihrer Meinung nach eine vertrauensbildende Maßnahme.

Herr Adler, Geschäftsführer der Freizeitanlagen Plauen GmbH, antwortet, dass der als Rettungsschwimmer eingestellte ausländische Mitbürger Herr Kasim Atris ein wichtiges Bindeglied zwischen der Belegschaft und den Gästen geworden ist.

Mit den gemachten Erfahrungen befürwortet Herr Adler, dass Herr Atris auch gerne als Mentor in anderen Freizeiteinrichtungen eingesetzt werden könnte.

Stadtrat Klaus Gerber, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, ob es möglich sei, bereits bei städtischen Ausschreibungen von Grünanlagenpflege darauf zu bestehen, dass die ausführenden Unternehmen keine Unkrautvernichtungsmittel benutzen dürfen, die Glyphosat enthalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Frank M. Zabel
Stadtrat

Daniel Herold
Stadtrat

Peggy Glaß
Schriftführerin